

Die belgische EU-Ratspräsidentschaft 2010: ein Überblick

1. Das Prinzip der wechselnden Ratspräsidentschaften: begrenzter Handlungsspielraum

Welche Auswirkungen haben die wechselnden Ratspräsidentschaften auf die europäische Agenda? Sie können viel zur Europäischen Union beitragen: die verschiedenen Sichtweisen auf die Entwicklung der Europäischen Union, die in den siebenundzwanzig Mitgliedstaaten zu finden sind, die unterschiedlichen Haltungen gegenüber der Vertiefung und Erweiterung der EU und die verschiedenen Traditionen in den Außenbeziehungen. Einige der wechselnden Präsidentschaften, und nicht zwingend nur die der großen Länder, haben die Geschichte des europäischen Projekts entscheidend geprägt. Erinnern wir uns beispielsweise an die 1993 von der dänischen Ratspräsidentschaft vorgeschlagenen „Kopenhagener Kriterien“ für Beitrittsländer, an die Einführung der „Lissabon-Strategie“ während der portugiesischen Präsidentschaft im Jahre 2000 oder, was Belgien betrifft, an die berühmte „Erklärung von Laeken“, mit der im Dezember 2001 mit großen Ambitionen die verfassungsbildende Phase der Reform der europäischen Verträge eingeleitet wurde. Die Traditionen Belgiens als Gründungsstaat der Europäischen Gemeinschaft und Vorreiter der europäischen Integration geben Anlass, in dieser schwierigen Phase der globalen Krise von der belgischen Präsidentschaft einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung eingegangener Verpflichtungen und zur Entwicklung neuer Denkanstöße für die EU zu erwarten.

Indessen gibt es drei Faktoren, die den Handlungsspielraum der wechselnden Präsidentschaften erheblich und in immer stärkerem Maße beschränken. Nach Untersuchungsergebnissen kann sich dies auf ca. 10% der Agenda der Europäischen Union auswirken. Welche Faktoren beschränken den Einfluss der wechselnden Ratspräsidentschaften hauptsächlich?

a) Der Europäische Rat, bestehend aus den Staats- und Regierungschefs und dem Kommissionspräsidenten, und der Ministerrat arbeiten auf der Grundlage einer Agenda, die mit großem Vorlauf auf der Basis bestehender Verpflichtungen und des routinemäßigen Ablaufs des institutionellen europäischen Betriebs erstellt wurde. Die Kontinuität wird weitreichend durch die Diplomaten der Mitgliedstaaten, den Ausschuss der Ständigen Vertreter (COREPER) – mit Sitz im Brüsseler Justus Lipsius Gebäude – und die Dienste der von José Manuel Barroso geleiteten Europäischen Kommission sichergestellt.

b) Seit einigen Jahren möchte der Europäische Rat die Kohärenz zwischen den wechselnden Ratspräsidentschaften durch die Schaffung des „Trios“ stärken, d. h. durch die Koordinierung zwischen drei aufeinanderfolgenden Präsidentschaften. So hat die jeweilige belgische Regierung zwei Jahre auf Experten- und Diplomatenebene mit den Regierungen Spaniens und Ungarns zusammengearbeitet,

* Dr. Mario Telo ist Jean Monnet Professor für Internationale Beziehungen, Vizepräsident des Institutes für Europäische Studien der Université Libre de Bruxelles (ULB) und Mitglied der Belgischen Königlichen Akademie der Wissenschaften.

dem vorherigen bzw. nächsten Inhaber der halbjährigen EU-Ratspräsidentschaft. Die drei Regierungen haben gemeinsam ein Programm für die drei Präsidentschaften angenommen, welches im Januar 2010 zu Beginn der spanischen Präsidentschaft in Brüssel vorgestellt wurde. Dieses Programm wird der belgischen Ratspräsidentschaft als Referenzrahmen dienen wie es auch während der spanischen der Fall war. Folgenden Bereichen wird dabei besondere Bedeutung beigemessen:

i) der Politik zur wirtschaftlichen, technologischen, ökologischen und sozialen Modernisierung, seit dem Jahr 2000 als Lissabon-Strategie bekannt, ii) der Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik, iii) der Rolle der EU im multipolaren globalen Kontext und in den internationalen Organisationen.

c) Am 1. Dezember 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft getreten und bildet somit den rechtlichen Rahmen der belgischen Ratspräsidentschaft. Er setzt sich aus zwei Verträgen zusammen: dem Vertrag der Europäischen Union und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Beide Verträge beschränken die Bedeutung der rotierenden Ratspräsidentschaften erheblich zugunsten zweier neuer institutioneller Figuren:

1. Der ständige Präsident des Europäischen Rates arbeitet hauptamtlich, um Kontinuität und Solidität der wichtigsten politischen Institution der Europäischen Union sicherzustellen. Er wird vom Europäischen Rat gewählt „mit qualifizierter Mehrheit für eine Amtszeit von zweieinhalb Jahren; der Präsident kann einmal wiedergewählt werden“ (EUV, Art. 15.5).

Der Präsident des Europäischen Rates darf kein einzelstaatliches Amt ausüben und er ersetzt die Rolle, die vorher durch den Staatschef des Landes, welches die jeweilige Ratspräsidentschaft innehatte, ausgefüllt wurde. Die neuen Verträge stärken den Europäischen Rat und die Rolle seines Präsidenten. Er führt den Vorsitz bei den Arbeiten des Europäischen Rates und gibt Anregungen, sorgt für die Vorbereitung und Kontinuität der Arbeiten des Rates und vertritt die EU auf internationaler Ebene. An späterer Stelle soll noch auf die Folgen der Tatsache eingegangen werden, dass dieses Amt durch den ehemaligen belgischen Premierminister Hermann Van Rompuy übernommen wurde.

2. Der Hohe Vertreter (HV) der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (EUV, Art. 27): Er (sie) trägt durch seine Vorschläge zur Ausarbeitung von Beschlüssen bei und stellt sicher, dass die vom Europäischen Rat in diesem Bereich erlassenen Beschlüsse durchgeführt werden, übernimmt verschiedene repräsentative Aufgaben auf internationaler Ebene und stützt sich auf einen Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD). Er (sie) ist „einer der Vizepräsidenten der Europäischen Kommission“ und sorgt für die „Kohärenz des auswärtigen Handelns der Union“ (EUV, Art. 18). Drittens hat er (sie) auch den Vorsitz des neuen Rates für Auswärtige Angelegenheiten inne. Infolgedessen obliegt die Außen- und Sicherheitspolitik im engeren Sinne nicht der wechselnden Ratspräsidentschaft. Es gibt mehrere fachbezogene Zusammensetzungen des Rates, deren Zuständigkeiten und Aktivitäten auch die Dimension der auswärtigen Beziehungen beinhalten, so zum Beispiel den Rat für Wirtschaft- und Finanzen (Ecofin) oder den Wettbewerbsrat. Sie alle müssen in einem kohärenten Rahmen unter der Verantwortung des Hohen Vertreters agieren. Seit Anfang 2010 hat die ehemalige EU-Handelskommissarin Lady Ashton dieses neue Amt inne.

Welchen Handlungsspielraum hat die belgische Ratspräsidentschaft?

Aufgrund dieser beiden Neuerungen, welche eine dauerhafte Führung der EU stärken, haben die wechselnden Ratspräsidentschaften, in diesem Falle Belgien, nur die Aufgabe, mit ihren jeweils zuständigen nationalen Ministern den verschiedenen Zusammensetzungen des Rates vorzusitzen:

- dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten oder RAA: Er sorgt für die Kohärenz der Arbeiten des Rates in seinen verschiedenen Zusammensetzungen, in Verbindung mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und mit der Kommission bereitet er die Tagungen des Europäischen Rates vor und sorgt für das weitere Vorgehen; er gestaltet zudem das auswärtige Handeln der Union entsprechend den strategischen Vorgaben des Europäischen Rates (EUV, Art. 16.6); sein Präsident ist derzeit der Außenminister der Regierung Letermé, Steven Vanackere. Sein wichtigster Mitarbeiter ist Olivier Chastel, Staatssekretär für Europäische Angelegenheiten;
- dem Rat für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin). Der ständige Vorsitz der Euro-Gruppe, die aus den 16 Mitgliedern der Eurozone besteht, liegt dahingegen in den Händen des Premierministers des Großherzogtums Luxemburg Jean Claude Juncker;
- dem Wettbewerbsrat;
- den anderen Zusammensetzungen, die gemäß Art. 236 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) festgelegt werden.

Es handelt sich hierbei um wichtige Aufgaben, zu denen zahlreiche Treffen von Diplomaten und des COREPER sowie hunderte Sitzungen der Vorbereitungsausschüsse, Experten usw. gehören. Ganz zu schweigen von der Koordinierung mit dem Europäischen Parlament in Politikbereichen, für die das Mitentscheidungsverfahren gilt und mit der Kommission für das weitere Vorgehen. Selbstverständlich muss dabei der Rahmen der oben angegebenen Grenzen eingehalten werden.

2. Die besonderen Umstände der belgischen Ratspräsidentschaft 2010

Während der belgischen Präsidentschaft herrschen besondere Umstände, die ihren Verlauf indirekt oder direkt bedingen werden:

- die Regierungskrise, die im Frühjahr in Belgien ausbrach und die Zeit, welche für die Bildung einer neuen Föderalregierung nach den landesweiten Wahlen im Juni 2010 erforderlich ist;
- die Tatsache, dass der ständige Präsident des Europäischen Rates, der nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon durch den Europäischen Rat gewählt wurde, mit Herman Van Rompuy ein ehemaliger belgischer Ministerpräsident ist;

- das unerwartete Ausmaß der 2007/08 ausgebrochenen internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Eurozone 2010.

a. Der erste potenzielle Schwächungsfaktor ist wesentlich, da die Regierung Leterme weder in der Lage ist, neue Vorschläge zu lancieren, noch dazu, die EU zu neuen Aktionsprogrammen zu bewegen. Jedoch sollte die Tragweite dieses Schwächungsfaktors auch nicht überbewertet werden: Es wurde hier bereits auf mehrere stabilisierende Elemente der europäischen Agenda hingewiesen, die von den Schwankungen der nationalen Politik unabhängig sind. Paradoxerweise hat auch das heftige Auf und Ab der halbjährigen Präsidentschaft der Tschechischen Republik 2009 (einschließlich der Regierungskrise und der sehr aktiven Rolle eines europhoben Staatspräsidenten) gezeigt, dass die EU eine solche institutionelle Stärke besitzt, dass sie die politische Schwäche der Regierung, die während der jeweiligen Ratspräsidentschaft an der Macht ist, nicht ernsthaft gefährden kann. Ganz im Gegenteil, die EU stellt in der Politik eines Lands einen Faktor dar, der den Zusammenhalt gegen Extremisten fördert.

Im vorliegenden Falle ist zu sagen, dass die belgische Diplomatie sehr erfahren und die nationale Regierung von Yves Leterme mit ihren Ministern, die für die laufenden Geschäfte weiterhin im Amt sind, in der Lage ist, die zahlreichen Treffen während des Programms der halbjährigen Präsidentschaft zu bewältigen.

Auch sei an dieser Stelle erwähnt, dass alle großen traditionellen politischen Familien Belgiens (Christen, Liberale, Sozialisten und Grüne), sowohl flämische als auch frankofone, im Gegensatz zu den beispielsweise im Prager Parlament vertretenen Parteien seit Jahrzehnten sehr pro-europäisch sind, wenn auch mit ihren jeweils eigenen Akzenten und Prioritäten. Bislang hat auch die „Neue Flämische Allianz“ (NVA) von Bart De Wever, die aus den Wahlen im Juni 2010 als stärkste Kraft hervorgegangen ist, keine ausdrücklich anti-europäischen Positionen bezogen. Ihre Abneigung gegenüber dem föderativen Staat Belgien impliziert keineswegs als logische Konsequenz eine Abneigung gegenüber der EU. Ganz im Gegenteil, dieser ausgeprägte regionale Nationalismus könnte die Illusionen verschiedener Parteien und Bewegungen aus den Jahren 1960-70 beschwören, wonach eine europäische Konstruktion den Staaten Kompetenzen zugunsten Europas einerseits und der Regionen andererseits entziehen würde. Entgegen dieser vereinfachten Sichtweise hat das europäische Projekt in zahlreichen Fällen zu einer Stärkung und Umgestaltung der Nationalstaaten, welche keinesfalls als inhaltslose Strukturen betrachtet werden dürfen, geführt.

Inwiefern kann die politische Schwäche der belgischen Übergangsregierung bei den laufenden Geschäften die EU konkret beeinträchtigen? Dies könnte passieren auf der Ebene des Vorsitzes einiger Fachräte, vor allem solcher, die sich mit der Wirtschaftskrise und der Wiederbelebung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Welt, beschäftigen. Zum Beispiel bei der Einführung der Strategie „Europa 2020“, die Anfang März 2010 von der Kommission auf den Weg gebracht und durch den Europäischen Rat im Juni 2010 als Neuauflage der vorherigen „Lissabon-Strategie“ (2000-2010) angenommen wurde. Für diese Strategie ist dringend eine starke und stabile Führung vonnöten, eine Führung, die von den drei Präsidentschaften ausgehen müsste – der der Kommission, der Fachräte, vor allem in den Bereichen Wettbewerb, Forschung, Umwelt, Sozialpolitik, und natürlich der ständigen Präsidentschaft des Europäischen Rates.

b. Die Tatsache, dass der ständige Vorsitz des Europäischen Rates zweieinhalb Jahre (mit der Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl) von einem belgischen Politiker, dem ehemaligen Premierminister und Chef der christlichen Partei Flanderns obliegt, stellt für die EU einen positiven Faktor dar.

Als Van Rompuy, ehemaliger belgischer Premierminister und flämischer Katholik, Ende 2009 in dieses Amt gewählt wurde, wurde er in mehreren Kommentaren der internationalen Presse enttäuscht als „Mr Nobody“ bezeichnet. Das war und ist in zweierlei Hinsicht falsch. Erstens sehen die Verträge keinen Präsidenten im Stile der USA vor, aus dem einfachen Grunde, dass die EU kein Bundesstaat ist; in den Verträgen wird der Gedanke einer medienwirksamen oder charismatischen Persönlichkeit abgelehnt und ein Vorsitzender angestrebt, der außerdem im Europäischen Rat einen internen Konsens stiften kann. Und zweitens, auch wenn Herman Van Rompuy weder in der breiten Öffentlichkeit noch in der öffentlichen Wahrnehmung der anderen 26 Mitgliedstaaten bekannt sein sollte, so ist er dennoch eine sehr bedeutende Persönlichkeit. Seine Fähigkeiten als politischer Mittler hat er in einem multinationalen Land wie Belgien unter Beweis gestellt, dem Mikrokosmos Europas (wie es der große Historiker Henri Pirenne ausgedrückt hat). Er ist ein überzeugter Europäer und hat in der Vergangenheit gezeigt, dass er die Tragweite der europäischen und globalen Herausforderungen erkennt.¹ Kurzum, er wird nicht solch große Fehler machen wie jene, die von anderen bedeutenden Persönlichkeiten, ehemaligen Premierministern großer Mitgliedstaaten, begangen wurden. Der Unterschied zwischen der spanischen und der belgischen Ratspräsidentschaft wird sich schnell abzeichnen. Das spanische Halbjahr wurde als Zeit des Übergangs verstanden, denn angesichts der Ungewissheit über das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon (wegen des zweiten irischen Referendums und der Widerstände des Präsidenten der Tschechischen Republik) hatte die spanische Regierung unter Herrn Zapatero eine traditionelle Ratspräsidentschaft (im Rahmen des Vertrags von Nizza) geplant und vorbereitet, die also auch einen Teil des Bereichs abdeckte, der mit dem neuen Vertrag dem ständigen Ratsvorsitz übertragen wird. Diese Überlappung hatte Beeinträchtigungen für das internationale Image der EU und zahlreiche andere Probleme zur Folge, wobei eines der eklatantesten die Absage des bilateralen EU-USA-Treffens war. Diese Ungeschicklichkeiten haben nicht gerade zum Erfolg der spanischen Ratspräsidentschaft 2010 beigetragen, die sicher nicht als beste spanische Ratspräsidentschaft in die Geschichte eingehen wird. Im Falle der belgischen Präsidentschaft wird das Gegenteil geschehen: Sowohl die für die laufenden Geschäfte noch im Amt befindliche Regierung als auch die Diplomatie, sowohl die Parteien als auch politischen Persönlichkeiten (wie der Vorsitzende der wallonischen Sozialisten Elio Di Rupo), die im zweiten Halbjahr 2010

¹ Als Professor für Internationale Beziehungen an der ULB kann ich persönlich Herman Van Rompuy (Absolvent der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Katholischen Universität Louvain) wissenschaftliche Forschungsqualitäten bezeugen. 2002/03 war er Vorsitzender des Ausschusses der belgischen Abgeordnetenversammlung für die Herausforderungen der Globalisierung und hat eine kleine Expertengruppe (darunter auch den Verfasser dieser Zeilen) gebeten, in sechs Monaten einen „Bericht über die Globalisierung“ zu erarbeiten. Dieser Bericht wurde mit den Mitgliedern des von Van Rompuy geleiteten Ausschusses diskutiert und schließlich von der belgischen Abgeordnetenversammlung unverändert angenommen. In der strategischen Linie des Berichts wurden zwei Fehler vermieden: die Angst vor der Globalisierung und ihre kritiklose Annahme. Belgien wird ein Weg aufgezeigt, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen der Globalisierung zu beherrschen, sein Steuerungssystem und seine Regulierung durch stärkere globale und regionale Institutionen zu festigen, um von den Chancen der Globalisierung zu profitieren, die Bürger vor ihren Schattenseiten zu schützen und das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu bekräftigen.

voraussichtlich an der Spitze der Bundesregierung stehen werden, haben sich unmissverständlich zu einem Schwerpunkt geäußert: die Umsetzung des neuen Vertrags von Lissabon mit seinen neuen institutionellen Einrichtungen, insbesondere dem Vorsitz des Europäischen Rates.

Zusammengefasst wird sich der ständige Vorsitz des Europäischen Rates, der durch Präsident Van Rompuy ausgeübt wird, während einer vorübergehenden belgischen Ratspräsidentschaft, die sich für die strikte Einhaltung des Vertrags von Lissabon stark macht, endlich entfalten können: Seine Funktionen als Vorsitzender, als Konsensstifter zwischen den 27 und als intelligenter und diskreter Koordinator der Arbeiten des Europäischen Rates, den er als potenzielle „wirtschaftliche Regierung der Europäischen Union“ bezeichnet hat, können so potenziell gestärkt werden.

Es wäre natürlich verfehlt, einen medienwirksamen ständigen Vorsitz des Europäischen Rates zu erwarten, da ein solcher weder den Vertragstexten noch der Persönlichkeit von Herman Van Rompuy entspräche. Was aber endlich zu den noch sehr skeptischen nationalen öffentlichen Meinungen durchdringen könnte und sollte, ist die Weisheit der mit dem Vertrag von Lissabon getroffenen Entscheidung, die Institutionen der Union durch einen ständigen und hauptamtlichen Vorsitz zu stärken und die EU damit weitreichend vor den Schwankungen der nationalen Politik zu schützen.

3. Zu den programmatischen Schwerpunkten

Die globale Krise und der Bedarf an wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Modernisierung

1. Der Kampf gegen die Euro-Krise und die Rolle der EU innerhalb der G-20 nach Toronto

Das größte Problem der EU wird für die nächsten Monate darin bestehen, die von der Europäischen Zentralbank (EZB) geforderte Stabilisierung der öffentlichen Haushalte und die im Vertrag von Maastricht festgeschriebene Kultur „gegen übermäßige Defizite“ mit der notwendigen Förderung von wirtschaftlicher Belebung und Binnennachfrage in Einklang zu bringen. Die Hardliner sind sich sicher, dass eine Verringerung der Defizite automatisch einen Wirtschaftsaufschwung nach sich ziehen würde. Doch Konsumeinbruch und Investitionsrückgang zeigen, dass die Quadratur des Kreises nicht so einfach ist. Die Entscheidungen der US-Regierung gehen übrigens in eine alternative Richtung, nämlich dahin, Wachstum und wirtschaftlichen Aufschwung durch öffentliche Ausgaben zu fördern (was die Meinungsverschiedenheiten zwischen Obama und Merkel in Toronto erklärt). Präsident Van Rompuy, selbst Wirtschaftswissenschaftler, hat dieses schwierige Geschäft zur Priorität Nr. 1 des Europäischen Rates erklärt, den er zu einer „Wirtschaftsregierung der EU“ umgestalten will, gegen die Meinung der deutschen Regierungskoalition und gegen die französischen Vorbehalte gegenüber dem Vorschlag, eine Ex-ante-Kontrolle der Haushalte der 27 durch die EU zuzulassen (ein heikler Vorschlag der Kommission, der auch Kritik von „links“ im Namen der Demokratie und von „rechts“ im Namen der nationalen Souveränität ausgelöst hat). Die Rolle Belgiens wird in der aktiven Unterstützung der Präsidentschaft Van Rompuys bestehen. Belgien, das wegen seiner Staatsschulden als „Griechenland des Nordens“ bezeichnet wird, kann sich

nicht erlauben, die Stabilitätskultur unbeachtet zu lassen. Andererseits hat die frankofone Sozialistische Partei von Di Rupo soziale Sicherheit und Beschäftigungspolitik zu den zentralen Themen ihres Wahlkampfes und ihrer Politik erklärt. In einer Koalition mit einer konservativen Partei wird sie dies mit Forderungen nach Haushaltseinsparungen in Einklang bringen müssen. Das ausgleichende Element zwischen diesen gegensätzlichen Forderungen wird Van Rompuys Linie sein, deren Ziel in einem Ausgleich zwischen der deutsch-französischen Achse (so diese noch existiert) und den drastischen konservativen Forderungen des Vereinigten Königreichs einerseits und dem von anderen Mitgliedstaaten ausgeübten Druck auf die öffentlichen Ausgaben besteht. Die Schaffung eines Stabilitätsfonds über 750 Milliarden Euro ist übrigens die Stärke dieser Vermittlungsstrategie.

2. Die Strukturreformen und die Agenda „EU 2020“

Aufgrund der Wirtschaftskrise besteht die Gefahr, dass die vorgesehenen Strukturreformen in den Hintergrund treten, obwohl die EU nur durch sie dauerhaft aus der aktuellen Krise herausfinden und ein nachhaltiges Wachstum wiedererlangen kann. Daher muss im Kampf gegen die Wirtschaftskrise eine Verbindung zwischen kurz- und langfristigen Maßnahmen geschaffen werden. Den Schwerpunkt auf die Strukturreformen zu setzen bedeutet konkret, den europäischen Binnenmarkt zu vollenden, einschließlich der sozialen Regelungen (Monti-Bericht 2010), aktive beschäftigungspolitische Maßnahmen nach skandinavischem Vorbild zu ergreifen, die ökologische Modernisierung der europäischen Wirtschaft umzusetzen, einschließlich der Spitzentechnologien zur Energieeinsparung nach deutschem Vorbild, die externe Dimension der Strategie zur ökologischen Modernisierung zu betonen, mit sämtlichen Auswirkungen auf der Ebene der bilateralen und multilateralen Verhandlungen. Letzterer Aspekt ist in der EU 2020-Strategie weitaus präsenter als in der Lissabon-Strategie. Das europäische sozio-ökologische Modell hat in einer Welt, die nicht zumindest einen Teil seiner Werte und Regeln übernimmt, keine Überlebenschance. Nie zuvor waren interne politische Entscheidungen so eng mit den Optionen innerhalb der Außenbeziehungen der EU verbunden.

3 Die Vorbereitung des Gipfels von Cancun (Dezember 2010) gegen die Klimaerwärmung

Die Kommissarin Connie Hedegaard hat bestätigt, dass die europäischen Staaten die in Kopenhagen im Dezember 2009 eingegangenen finanziellen Verpflichtungen einhalten werden. Die belgische Präsidentschaft muss den Zusammenhalt des Ministerrates stärken, um den politischen Willen zu bekräftigen, in Cancun zu einem bindenden globalen Abkommen zu gelangen. Es geht einerseits darum, die Glaubwürdigkeit der EU als führende Kraft im Kampf gegen die Klimaerwärmung zu festigen, das heißt, die nationalen Verpflichtungen für die internen Ziele von Kyoto und Bali, die von einigen Mitgliedstaaten, vor allem im Osten und Süden Europas, aber auch von Belgien ratifiziert wurden, umzusetzen sowie die Hilfe für Entwicklungsländer, 7,2 Milliarden Euro bzw. 2,4 Milliarden pro Jahr, bereitzustellen, ohne dass deshalb Mittel für andere Posten der Entwicklungshilfe wie zum Beispiel Gesundheit und Bildung gestrichen werden. Andererseits geht es darum, eine erneute internationale Isolation der EU zu verhindern und jeden wichtigen Kommunikationsweg sowie jeden internationalen Gipfel während des halben Jahres der belgischen Ratspräsidentschaft zu nutzen, um die globalen

Partner, von den USA (das entsprechende Gesetz wird im US-Kongress diskutiert) über China bis hin zu Indien, zu überzeugen, gemeinsam in eine neue Etappe im Kampf gegen Klimaerwärmung und Umweltzerstörung einzutreten. Wenn sich der Abschluss eines weltweiten Abkommens als unmöglich herausstellt, müssen wenigstens Teilabkommen in Form von sektoriellen oder regionalen Abkommen angestrebt werden.

Aber Vorsicht: Diese Überzeugungskampagne muss von der belgischen Präsidentschaft (in Abstimmung mit der Kommission) auch an der internen Front auf medialer Ebene geführt werden, gegenüber den verunsicherten öffentlichen Meinungen in Europa, wo durch die oberflächliche Kritik an der Wissenschaftsgemeinschaft und der zwischenstaatlichen Sonderagentur Verwirrung gestiftet wurde. Diese Kritik hat mit der Kampagne, welche die Thesen des ehemaligen französischen Ministers Allègre stützt, Aufwind bekommen und die frankophonen intellektuellen Kreise in Belgien stark beeinflusst. Daher ist ein Rückschritt, ein ernsthafter Rückgang des Umweltbewusstseins in der belgischen und europäischen öffentlichen Meinung möglich. Da Belgien seinen Rückstand dank des Vorgehens von Minister Paul Magnette teilweise aufgeholt hat, sind die Erwartungen an das Land in diesem zweiten Halbjahr 2010 hoch. Belgien muss dem Europäischen Ministerrat einen Impuls geben und insbesondere den zögerlichen Ländern einen gangbaren Weg aufzeigen, zum Beispiel durch eine Neuverteilung ihrer staatlichen Hilfen zugunsten von Energieeinsparungen.

Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik

Die Türkei und der Nahe Osten nach der Rede Obamas zugunsten des EU-Beitritts der Türkei und zur Gaza-Krise

In seinem Interview im *Corriere della Sera* vom 8. Juli hat Präsident Obama die Frage nach der Dringlichkeit einer EU-Mitgliedschaft in den Rahmen der großen politischen Frage der westlichen Friedensstrategie für den Nahen Osten eingebettet. Doch trotz des äußeren Drucks durch die USA gibt es für die EU-Erweiterung um die Türkei keine einfache Lösung. Belgien ist sich sehr wohl bewusst, dass das geostrategische Ziel, ein islamisches und weitgehend demokratisches Land zu integrieren, zwar weitsichtig ist, sieht sich selbst jedoch nicht in der Lage, unter den 27 Staaten und den öffentlichen Meinungen, besonders in den Nachbarländern Deutschland und Frankreich, diesbezüglich einen Konsens herzustellen. Die belgische EU-Ratspräsidentschaft ist in der Lage, ein Gleichgewicht anzustreben zwischen der notwendigen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei, um die derzeitige Stagnation zu überwinden, und dem Ziel, die konkrete und aktive Rolle der EU in der Gaza-Krise durch eine klarere politische und humanitäre Präsenz zu verstärken, im Einverständnis mit der Türkei. Trotz ihrer Verbindungen müssen beide Angelegenheiten getrennt voneinander behandelt werden.

Der Balkan

Während der belgischen Ratspräsidentschaft steht der Fortschritt der laufenden Beitrittsverhandlungen zunächst mit Kroatien und anschließend den anderen Kandidatenländern des Balkans auf der Tagesordnung, auch hinsichtlich einer notwendigen Entdramatisierung der Spannungen, die durch das Wiedererstarken der Nationalismen in der Balkanregion hervorgerufen wurden. Es besteht vor allem die Gefahr, dass das neue ungarische Staatsbürgerschaftsgesetz zu einem späteren

Zeitpunkt die Beziehungen mit der Slowakei und Rumänien verschlechtern und damit den Verlauf der nächsten (und ersten) ungarischen Ratspräsidentschaft ernsthaft beeinträchtigen könnte. Belgien hat die Aufgabe, vermittelnd tätig zu werden und mit gutem Beispiel voranzugehen, was die Kunst angeht, trotz interner Vielfalt zusammenzuleben, Konflikten vorzubeugen und sie zu bewältigen, die Rechte der sprachlichen Minderheiten zu schützen und der Welt ein Beispiel des ethnischen und multinationalen Zusammenlebens zu geben.

Die Europäische Union in der Welt: die Beziehungen zu Ostasien

Neben den Aufgaben im Bereich der wirtschaftlichen Regulierung innerhalb der G-20 muss Belgien die Arbeit von Herman Van Rompuy und Lady Ashton im Rahmen der Gipfeltreffen mit den USA und den BRIC-Ländern unterstützen. Besonders wichtig wird das 8.multilaterale ASEM-Gipfeltreffen sein.² Letzteres ist aus mehreren Gründen von großer Bedeutung: Es eröffnet Europa die Möglichkeit, die Wirtschaftskooperation in einer Zeit zu stärken, in der vieles auf einen asymmetrischen Ausweg aus der globalen Krise mit einem klaren Vorteil für die ostasiatischen Volkswirtschaften hinweist. Erstens sollte die EU beweisen, dass ihre neue Ausrichtung auf bilaterale Abkommen mit Einzelländern (oder mit den ASEAN-Staaten als Block) für Asiaten und Europäer in beiderseitigem Interesse ist und dass diese mit der Strategie eines globalen Handelsabkommens im Rahmen der WTO nicht unvereinbar ist. Zweitens sollte die EU zeigen, dass ihre strategische Partnerschaft mit den asiatischen Großmächten (China, Japan und Indien) nicht im Widerspruch mit ihren interregionalen Beziehungen mit dem gesamten ostasiatischen Raum steht, insbesondere mit ihrer Unterstützung der Stärkung einer Ostasiatischen Gemeinschaft. Drittens ist die EU daran interessiert, mit allen wichtigen Parteien den politischen Dialog zu dringenden Themen zu vertiefen, so zum Beispiel zur Krise auf der koreanischen Halbinsel, die und über die aktuellen Schwierigkeiten hinausgehen mit dem Ziel einer Entnuklearisierung und der Schaffung einer Sicherheitsregelung. Schließlich bietet der ASEM-Gipfel in Brüssel der EU die Möglichkeit, den Zusammenhalt im Hinblick auf den Klimagipfel in Cancun zu stärken. Das traditionelle Interesse Belgiens, regionale Kooperation und interregionale Beziehungen zu unterstützen, sein Engagement für politischen Dialog und Umweltschutz sollten die Rolle Belgiens als treibende Kraft für neue Schritte in der interregionalen Zusammenarbeit mit Asien untermauern.



Dieses Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Kommission finanziert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung trägt allein der Verfasser; die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.

² Das 1996 in Bangkok begründete Asien-Europa-Treffen findet alle zwei Jahre abwechselnd in Asien und Europa statt. Die Konferenz soll am 4. und 5. Oktober erstmals in Brüssel stattfinden und wird von Botschaftern und Experten intensiv vorbereitet.